

die sein, um Spanien wieder aufzurichten. Das Heer kann nicht dulden, daß seine Fahne und sein Ruf durch ein Regime mißbraucht werden, das das Volk seiner Rechte beraubt hat.

Alle Unterzeichner dieses Manifestes sind inzwischen verhaftet worden. Darüber hinaus wird behauptet, daß der Aufruf nur das Signal zu einer großen militärischen Bewegung sein sollte, die in Madrid, Barcelona, Valencia und Zaragoza gleichzeitig geplant war.

Was an allen diesen Behauptungen wahr ist, läßt sich insolge der widersprüchlichen Meldungen vorläufig noch nicht feststellen. Die Tatsache der Unterzeichnung eines Aufrufs allein aber würde die umfangreichen Verhaftungen nicht genügend erklären.

Laufende von Spiegeln in der SPD.

Es gibt wohl kaum eine politische Partei, die so vom Angezierr des Spiegeltums verheult und durchsiebt ist wie die SPD. Das wird neuerdings wieder in drastischer Weise bewiesen durch den neuen aus Tageslicht gezogenen „Spiegelalmanach“.

Die Antwort auf diese Frage ist sehr einfach. Das Verführerstück, das die SPD. jahrelang getrieben hat und noch treibt, ermöglicht es allen möglichen politischen Hochstaplern in der kommunistischen Partei und im roten Frontkämpferbund unterlauf zu finden.

Die kommunistische Bahälcherzentrale

Am Freitag beginnt vor dem 4. Straßengericht des Reichsgerichts der Prozeß gegen die an der vor längerer Zeit von der Berliner Polizei ausgeschobenen kommunistischen „Bahälcherzentrale“ beteiligten Personen.

Meineidsverfahren gegen Hitler

B. München, 1. Juli. (Eig. Draht.) Das von der Münchener Staatsanwaltschaft bereits Ende 1925 eingeleitete Meineidsverfahren gegen Hitler und Egger wegen Verletzung der Eidespflicht — es handelt sich um die hoch- und landesverräterischen Streichungen des Hitlerischen Kampferbände am 1. Mai 1923 — hat nunmehr zur Eröffnung eines vorläufigen Meineidsverfahrens geführt.

Da nun das Verlangen seinen ordentlichen Gang zu nehmen scheint, ist im Interesse einer vollen Aufklärung jener Vorgänge die Frage angebracht, ob durch die Nichtabnahme der Beiguldigten nicht Verdunkelungsgefahr gegeben ist.

Der Terror der Kriegervereine

Der Vorstand des Kriegervereins Neug (Saalkreis) richtete an 21 seiner Mitglieder, die sich an der Abstimmung in Volkswahlkreis beteiligen haben, folgenden eingeschriebenen Brief:

Krisenzuckungen in Frankreich

P. Paris, 2. Juli. (Eig. Funkdruck.) Der Frank ist gestern abgerundeter gelungen. Der Sturz war beinahe beispiellos. Für ein englisches Pfund (20 Mark) mußten 175, gegen Mittag sogar 180 Frank bezahlt werden.

P. Paris, 2. Juli. (Eig. Funkdruck.) In den letzten 48 Stunden mehrten sich, genährt durch die immer härter werdende Franknot, die Krisenzuckungen. Man spricht bereits in der Presse und in Wandelgängen der Kammer offen von einem

bedrohlichen Sturz des Kabinetts Briand. In zahlreichen politischen Kreisen befürchtet man, daß das kaum einige Tage alte Kabinett die außer Finanzsprache am Dienstag in der Kammer nicht überleben werde.

Sozialfragen im Reichstage

322. Sitzung, Donnerstag, 1. Juli

Der Präsident teilt mit, daß voraussichtlich Freitag abend oder am Sonnabend noch eine Sitzung stattfinden wird.

Vor der Beratung des Gesetzentwurfs, nach dem die Aussetzung der Auseinandersetzungen mit den früheren Fürstentümern (Sprengel) bis zum 31. Dezember 1926 verlängert werden soll, erklärt

Reichsfinanzier Dr. Marx:

Es dürfen aus der Vorlage dieses Gesetzes keine Schüsse gezogen werden, als ob in den Aufstellungen der Regierung über die baldige Erledigung dieser Frage eine Veränderung eingetreten sei.

Die Vorlage wird in erster und zweiter Lesung ohne Aussprache angenommen. — Es folgt die Beratung des Berichtes der Ausschüsse für den Haushalt und für die Entschädigungsangelegenheiten.

Abg. Schirmer (Dresden, Soz.):

begründet einen sozialdemokratischen Antrag, nach dem in dem Haushaltsentwurf die Worte „mit einem Grundbetrag von mehr als 200 000 Reichsmark“ zu streichen sind.

Abg. Heinen (Görlitz, Soz.):

Damit würde die Angerechtigten befreit werden, die in dem Haushaltsentwurf liegt, und die Sozialdemokratie könnte dann auch für ihn stimmen.

Abg. Heinen (Görlitz, Soz.):

Gegen diesen sozialdemokratischen Verbesserungsvorschlag sprach sich Redner aller bürgerlichen Parteien aus. Offensichtlich war es ihnen aber recht unangenehm, daß die Sozialdemokratie aufstünde, wie sehr dieser Vorschlag nur den großen Liquidationsgeschädigten zugute kommt.

ernüdt an der Hand und pochte auf. Im Übrigen zeigt das Schriftstück mit erfreulicher Klarheit, daß die Kriegervereine sich gegen die Interessen des Volkes richten und ihren „Zweck“ in dem Schicksal des gestohlenen „Privatbesitzes“ der Fürsten sehen.

Kleine politische Nachrichten

Der Militärismus in Rußland

Moskau, 1. Juli. Der Rat der Volkskommissare hat das Projekt des Kriegsministers Woroschilow über die Einführung der allgemeinen militärischen Ausbildung der Jugend in Volksschule, Mittelschule und Hochschule befragt.

Geplantes Attentat auf den spanischen König?

P. Paris, 2. Juli. (Eig. Funkdruck.) Einer der Anarchisten, die von der Polizei unter dem Verdacht, ein Attentat auf den König von Spanien beabsichtigt zu haben, festgenommen wurden, hat ein volles Geständnis abgelegt.

Deutscher Vorschlag zur Besatzungsbeschränkung

P. Paris, 2. Juli. (Eig. Funkdruck.) Die von omerikanischen Vätern verbreitete Nachricht, die deutsche Reichsbahn habe sich zu einer eventuellen Französischbesetzung bereit erklärt gegen eine entsprechende Räumung der Rheinlande, wird von hiesiger amtlicher Stelle energisch dementiert.

Förderung ländlicher Siedlung

Es folgt die Beratung einiger Anträge zur Förderung des ländlichen Siedlungswesens, vor allem soll die zur Wiederbelebung des Meitens- oder Pfandkreditwesens oder die zur Erschließung sonstiger Dauerkreditmöglichkeiten in den nächsten fünf Jahren ein Betrag von je 50 Millionen Reichsmark für ländliche Siedlung bereitgestellt werden.

Gegen Verdrückterung der Arbeitslosenfürsorge

Die Kommunisten nahmen dann Gelegenheit, eine Entschließung einzubringen gegen die ernannte Arbeitlosenfürsorge herabzusetzen oder die Begrenzung der Höchstzahl in der Erwerbslosenfürsorge auf einen bestimmten Teil des Erwerbseinkommens, das der Erwerbslose erzielen würde.

Abg. Dismann (Soz.):

Es kommt nicht darauf an, den Massen Fragen vorzusetzen, sondern sich aufs ernsthafte zu bemühen, um das möglichste zu bewerkstelligen. (Lärm bei den Kommunisten.) Mein Gesicht wird und davon abbringen, die Interessen der Erwerbslosen auf das nachdrücklichste wahrzunehmen.

die Kräfte zusammenzufassen, um gemeinschaftlich die Interessen der Arbeiterschaft zu vertreten.

Von diesem Wege werden wir uns nicht abbringen lassen. (Zerknirschung bei den Sozialdemokraten.) Der Redner weist darauf hin, daß immerhin die Verlängerung der Unterstützungsdauer von 20 auf 30 bzw. 62 Wochen erwirkt worden sei.

Die Länder haben kein Recht, die Unterstützungssätze zu senken,

die hier beschlossen worden sind. Im Ausschuß hat es sich darum gehandelt, die jetzigen Sätze auch für die Zeit zu sichern, in der der Reichstag nicht beisammen ist.